und selbst kleine Gaben müssen der eigenen Behörde gemeldet werden. Innenminister Hans-Peter Friedrich lobte die Veröffentlichung als wichtigen Schritt, der „die Integrität stärkt“.

In diesem Sinne wirkt die Affäre um den Herrn aus Schloss Bellevue wie ein Integritätszerstörungsprogramm. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Karl-Georg Wellmann, der schon Anfang Januar Wulff den Rücktritt nahelegte, wendet sich deshalb öffentlich an seine Parteispitze: „Es wird immer schwerer, unseren Mitgliedern zu erklären, dass wir bei Bauamtsmitarbeitern peinlich darauf achten, dass sie keine Vorteile annehmen, beim Bundespräsidenten solche Vorwürfe aber einfach wegwischen.“ Einige aus seinem Ortsverband seien deshalb ausgetreten.

Ein Ende der bitteren Nachrichten aus Wulffs Welt ist nicht abzusehen. Ende Januar entschlüsselten Spezialisten in Hannover den Zugang zu einem gesicherten Ordner auf dem Dienstcomputer von Wulffs ehemaligem Sprecher Olaf Glaeseker. Viele der Dateien enthalten Presseerklärungen und Memos aus der Zeit in der Staatskanzlei. Im Speicher abgelegt sind auch Gästelisten zum Nord-Süd-Dialog, also jener Promi-Sause, die Wulff in die Kritik gebracht und Glaeseker ein Verfahren wegen des Verdachts der Bestechlichkeit eingehandelt hat.

Zu den Dokumenten zählen E-Mails von Bettina Wulff. Unter der Betreffzeile „Nord trifft Süd“ nennt sie dem Büro ihres Mannes Personen („Noch ein paar Nachzügler …“), die noch eingeladen werden sollten – etwa ihre beste Freundin und deren Ehemann.

Im Januar hatte Wulffs Stab noch behauptet, der Nord-Süd-Dialog sei eine Privatveranstaltung des Kölner Party-Machers Manfred Schmidt gewesen. Im Laufe der vergangenen Wochen wurde sie dann peu à peu zu einem Fest des Landes Niedersachsen, von Wulff und Glaeseker.

Die Mails, die von den Ermittlern quasi als Beifang entdeckt wurden, zeigen einmal mehr, wie im Hause Wulff Privates und Dienstliches vermischt wurde. Mal bittet Bettina Wulff, die 2009 in der Presseabteilung der Drogeriekette Rossmann tätig war, um eine Eintrittskarte für einen Kollegen; mal lässt sie einen früheren Mitstreiter bei der Continental AG auf die Gästeliste setzen. Und am 20. November notiert die Büroleiterin des Ministerpräsidenten: „Frau Wulff möchte wissen, ob Familie Brune aus Bremen auch zum Nord-Süd-Dialog eingeladen ist.“

Die Bremer Marc und Jens Brune sind Eigentümer des Hotels Seesteg auf Norderney. Die Wulffs haben dort wiederholt entspannte Urlaubstage verbracht.

Jan Friedmann, Michael Fröhlingsdorf, Hubert Gude, Dietmar Hawranek, Peter Müller, Barbara Schmid, Andreas Ulrich

IMAGO

Demonstration in Istanbul: *Verbotene Parteinahme für die PKK?*

AUSSENPOLITIK

Ungeliebte Gäste

Die deutschen Parteistiftungen spielen beim Umbruch im Nahen Osten eine wichtige Rolle. Sie geraten deshalb ins Visier der Machthaber und werden drangsaliert.

Als Andreas Jacobs am Nachmittag des 29. Dezember in die Konrad-Adenauer-Stiftung gehen will, stehen schwerbewaffnete Sicherheitskräfte vor seinem Büro. Drinnen durchsucht die ägyptische Polizei die Räume der CDU-nahen Organisation. Die Beamten beschlagnahmen Computer und Dokumente. Der Büroleiter wird später stundenlang von einem Ermittlungsrichter verhört. Zur Begründung heißt es später, die Stiftung habe „auf illegale Art und Weise Büros in Ägypten eröffnet und damit gegen das Gesetz verstoßen“.

Die deutsche Stiftung in Kairo ist als eine von insgesamt 17 ägyptischen und ausländischen Nichtregierungsorganisationen (NGO) ins Visier des Militärrats geraten. Das hat auch mit ihrer kritischen Sicht auf das Regime zu tun. Jacobs hatte im November in einem Bericht beklagt, dass die Menschenrechtslage am Nil wieder genauso katastrophal wie unter dem früheren Diktator Husni Mubarak sei und „die herrschenden Militärs den politischen Übergang verzögern oder sogar verhindern wollen“. So etwas lesen die Machthaber nicht gern.

Inzwischen ist das Adenauer-Büro wieder geöffnet. Außenminister Guido Westerwelle hat sich bei seinem Besuch in Kairo in der vergangenen Woche dafür eingesetzt. Eine Garantie gegen weitere Repressalien ist das nicht. Die ägyptische Militärregierung ist nervös.

Der Vorfall in Kairo zeigt, wie schwierig die Auslandsarbeit der Stiftungen ist, die die sechs im Bundestag vertretenen Parteien unterhalten. Die Friedrich-Ebert-Stiftung ist mit 90 Auslandsbüros die größte, die den Grünen nahestehende Heinrich-Böll-Stiftung die jüngste Stiftung. Sie werben mit jeweils unterschiedlichen Schwerpunkten für Demokratie, Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit.

Aus Sicht der Gastländer sind die Stiftungen allerdings keineswegs Wohltäter, die unverfängliche politische Entwicklungshilfe leisten. Vor allem in autoritären Regimen geraten sie schnell in den Verdacht, gegen die Regierungen zu arbeiten. Je stärker die Regime im Nahen Osten wanken, desto größer ist die Gefahr für die Stiftungen, in die Machtkämpfe verwickelt zu werden. Vorfälle wie in Ägypten werden sich wohl häufen.

Das Misstrauen der Autokraten ist durchaus begründet. In der Vergangenheit haben die Stiftungen oft eine wichtige Rolle beim Übergang zur Demokratie gespielt. In Chile etwa hatte der erste demokratisch gewählte Präsident nach der

Pinochet-Diktatur, der Christdemokrat Patricio Aylwin, enge Verbindungen zur Adenauer-Stiftung.

Wer in einer Diktatur Seminare zur Pressefreiheit organisiert oder Kontakt zu Oppositionspolitikern pflegt, der arbeitet aus Sicht der Machthaber schnell gegen das System. Schon im Juli 2011 hatte der ägyptische Militärrat über eine eigene Web-Seite verlauten lassen, dass das Land von zwielichtigen Organisationen bedroht werde, die eine „ausländische Agenda“ befolgten und zur Destabilisierung Ägyptens beitrügen. Hunderte Mitarbeiter von Nichtregierungsorganisationen mussten daraufhin ihre Kontobewegungen überprüfen lassen.

Was die Stiftungen als Förderung von Demokratie und Menschenrechten verstehen, begreifen autoritäre Regime als Angriff auf ihre Macht. In Weißrussland etwa ist eine deutsche Stiftung sogar ohne offizielle Genehmigung im Untergrund tätig, berichten Diplomaten. Dass sich das auch gegen den Diktator Alexander Lukaschenko richtet, liegt auf der Hand.

Das zum Teil schwierige Verhältnis der Stiftungen zu ihren Gastländern liegt auch an ihrer ungewöhnlichen Konstruktion: Die Stiftungen sind keine Regierungsorgane. Ihre Auslandsarbeit wird aber von der Regierung bezahlt. 2011 flossen rund 250 Millionen Euro aus den Etats von Auswärtigem Amt und Entwicklungsministerium an die Stiftungen. „Manche Regierungen wissen nicht, wie sie mit uns umgehen sollen“, sagt der stellvertretende Generalsekretär der Adenauer-Stiftung, Gerhard Wahlers.

Selbst in befreundeten Ländern ist es für die Stiftungen schwer, nicht in den Strudel der innenpolitischen Auseinandersetzung zu geraten. In Israel gibt es keine Repressalien gegen die Stiftungen. Begeistert ist man über ihre Arbeit aber nicht gerade, im Gegenteil: Sie müsse sich jetzt öfter fragen lassen, warum ihre Organisation mit öffentlichen Geldern finanziert werde, sagt Angelika Timm von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, die der Linken nahesteht.

Zuweilen gibt es den Vorwurf, sich in israelische Angelegenheiten einzumischen. „Das liegt auch daran, dass wir mit Partnerorganisationen zusammenarbeiten, die aus israelischer Sicht sehr weit links stehen“, sagt ein Vertreter einer Stiftung, die zum bürgerlichen Lager zählt.

Vor einigen Wochen brachte die israelische Regierung einen Gesetzentwurf in die Knesset ein, dem zufolge „politische NGO“ künftig den Höchststeuersatz von 45 Prozent auf alle Spenden von ausländischen, staatlichen Gebern zahlen sollen. Sollte das Gesetz tatsächlich verabschiedet werden, könnte das für die parteinahen Stiftungen „massive Auswirkungen“ haben, sagt Ralf Hexel, Leiter der Ebert-Stiftung in Herzlia.

„Wir sind nicht der verlängerte Arm der deutschen Außenpolitik“, sagt der Chef der Böll-Stiftung, Ralf Fücks. Das stimmt formal. Die Stiftungen erhalten keine Weisungen aus der Bundesregierung. Sie werden im Auswärtigen Amt aber als wichtiger Faktor der deutschen Außenpolitik gesehen.

Häufig weisen deutsche Diplomaten auf die besondere Rolle hin, die Stiftungen im arabischen Frühling für die deutsche Politik übernähmen. Sie erreichten, anders als die Botschaften, die ganze Bandbreite der Gesellschaft. Die Adenauer-Stiftung etwa sucht vor allem konservative Gruppen als Partner, die Ebert-Stiftung Gewerkschaften oder sozialdemokratische Organisationen.

Die Stiftungen können Kontakte zu oppositionellen Gruppen pflegen, zu denen Diplomaten aus außenpolitischen Gründen Abstand halten müssen. Diese Doppelfunktion – die formale Unabhängigkeit bei gleichzeitiger Nähe zur Regierung – schafft Misstrauen. Weil die Stiftungen in Berlin als Instrument der Außenpolitik gesehen werden, geraten sie obendrein bisweilen in den Verdacht, enge Kontakte zum Geheimdienst zu pflegen.

Das passiert auch in Ländern, die wie die Türkei Verbündete Deutschlands in der Nato sind. Da hilft es kaum, dass die Konrad-Adenauer-Stiftung in Ankara schon seit 28 Jahren und die Friedrich-Ebert-Stiftung in Istanbul seit 24 Jahren aktiv sind. Das tiefverwurzelte Misstrauen der Behörden ist nicht gewichen.

„Die Türkei traut ja nicht einmal der eigenen Zivilgesellschaft über den Weg“, sagt Ulrike Dufner, die seit acht Jahren das Büro der Böll-Stiftung in Istanbul leitet. „Wie soll sie dann erst ausländischen Zivilorganisationen trauen?“

Im Jahr 2002 leitete der Generalstaatsanwalt am Sicherheitsgericht in Ankara ein Verfahren gegen vier deutsche Stiftungen sowie das Deutsche Orient-Institut ein, weil diese angeblich eine Gefahr für die Sicherheit und die Einheit des türkischen Staates darstellten.

Als Vorlage diente der Anklage das Buch eines ultranationalistischen Geschichtsdozenten. Die Stiftungen, so hieß es darin, seien Handlanger des Bundesnachrichtendienstes. Ihr Ziel sei es, die Türkei zu schwächen und so leichter zu beherrschen.

Der Prozess endete 2003 mit einem Freispruch, aber an der grundsätzlichen Einstellung der staatlichen Stellen änderte sich nichts. Bis heute, sagt Dufner, seien die Stiftungen dem Staat ein Dorn im Auge. 2011 warf ihnen Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan sogar vor, die verbotene kurdische Arbeiterpartei PKK zu unterstützen.

Für den Argwohn vieler Regierungen gibt es bisweilen durchaus Gründe. In Spanien wurden Parteien nach dem Ende der Franco-Diktatur auch über politische Stiftungen finanziert. Der Bundesnachrichtendienst soll dafür einen Geheimfonds eingerichtet haben, dessen Mittel vom Kanzleramt verteilt wurden. Heute gebe es das nicht mehr, versichern alle Beteiligten.

Der Militärrat in Ägypten setzt seinen Feldzug gegen ausländische Stiftungen dennoch fort. Derzeit stehen vor allem US-amerikanische Organisationen im Visier der Behörden – unter ihnen das den Demokraten nahestehende National Democratic Institute und das International Republican Institute (IRI). Gegen sechs amerikanische NGO-Mitarbeiter wurden sogar Ausreisesperren verhängt, der Bürochef des IRI in Kairo etwa durfte nicht nach Dubai ausfliegen; ein Vorfall, der dazu führen könnte, dass Washington seine Militärhilfe aussetzt.

Für die deutschen Stiftungen aber ist es kein Trost, dass die Amerikaner im Moment noch stärker drangsaliert werden. Sie wissen, dass es auch sie wieder erwischen kann. Stiftungschef Jacobs hat im Januar einen neuen Länderbericht verfasst. Er fällt für den Militärrat wenig schmeichelhaft aus.

Juliane von Mittelstaedt, Ralf Neukirch, Daniel Steinvorth, Volkhard Windfuhr

DPA

Stiftungsleiter Jacobs
Stundenlange Verhöre

Parteinahe Stiftungen

		Beschäftigte	Einrichtungen in Deutschland	Einrichtungen im Ausland
Friedrich-Ebert-Stiftung	SPD	620	**17**	**90**
Konrad-Adenauer-Stiftung	CDU	564	**18**	**knapp 80**
Hanns-Seidel-Stiftung	CSU	270	**7**	**rund 50**
Heinrich-Böll-Stiftung	Grüne	209	**16**	**28**
Friedrich-Naumann-Stiftung	FDP	188	**10**	**43**
Rosa-Luxemburg-Stiftung	Linke	170	**13**	**12**